UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES LIBRARY

Nacht-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1936	Sonnabend, 5. September	1161

Beteiligung Deutschlands am Neutralitätsausschuß.

Berlin, 5. September. Wie wir hören, ist die französische Regierung und dann auch die britische Regierung vor kurzem an die deutsche Regierung mit der Anregung herangetreten, die an dem Waffenembargo gegenüber Spanien beteiligten Staaten möchten für die weitere Behandlung dieser Fragen in London ein Komitee bilden, das sich aus den dort beglaubigten diplomatischen Vertretern zusammensetzen könnte. Nachdem in den diplomatischen Unterhaltungen der letzten Tage die Aufgaben und die Zuständigkeit dieses Komitees näher erklärt worden sind, hat sich die deutsche Regierung damit einverstanden erklärt, daß ihr Geschäftsträger in London an den Zusammenkünften des Komitees teilnimmt.

Verordnung über die Versorgung des Unteroffizierkorps.

Berlin, 5. September. Der Reichskriegsminister hat durch einen Erlaß vom 31. 7. 1936 der Truppe mitgeteilt, wie demnächst die Versorgung der ausscheidenden Unteroffiziere geregelt werden soll. Der Erlaß ist im Nachrichtenblatt des Reichsstrebundes vom 5. 9. 1936 — der Organisation, die durch das Gesetz zur allgemeinen beruflichen Vertretung der ehemaligen Berufssoldaten bestimmt wurde — ausführlich besprochen. Dieser Besprechung entnehmen wir, daß nach der Neuordnung die Unteroffiziere nach Ablauf ihrer 12jährigen Dienstverpflichtung nicht mehr — wie bisher — aus dem Treueverhältnis zum Staat ausscheiden, sondern in einem gesetzlich geregelten Treueverhältnis auch nach der Entlassung aus dem aktiven Dienst verbleiben.

Sie erhalten bis zur planmäßigen Anstellung als Beamte gleichbleibende — also nicht wie bisher jährlich abklingende — Uebergangsbezüge, deren Höhe sich nach der auf den Wehrmachtfachschulen erreichten Vorbildung richtet.

Werden ehemalige Berufssoldaten vor der planmäßigen Anstellung dienstunfähig, dann erhalten sie ein aus den Uebergangsbezügen errechnetes Ruhegeld. In entsprechender Weise ist auch die Hinterbliebenenversorgung geregelt.

Voraussetzung für die Gewährung der Bezüge ist, daß die Versorgungsanwärter bei mindestens 5 Verwaltungen des öffentlichen Dienstes (darunter drei großen) für Anstellungen und außerdem für Angestelltenstellen vorgemerkt sind.

Bei Versorgungsanwärtern, die eine Einberufung in Beamten- und Angestelltenstellen, für die sie vorgemerkt sind, ohne zwingenden Grund ablehnen, erlöschen die Uebergangsbezüge. Sie erlöschen auch dann, wenn die Versorgungsanwärter eine ihnen von der Versorgungsdienststellen der Wehrmacht nachgewiesene Beschäftigung im öffentlichen Dienst, die ihnen unter Berücksichtigung ihrer Vorbildung billigerweise zugemutet werden kann, ohne zwingenden Grund ablehnen. Wie bisher soll aber auch in Zukunft — nach freier Wahl — mit einer festen Abfindungssumme der Uebergang in einen bürgerlichen Beruf oder die Ansiedlung als Bauer möglich bleiben.

Der Bundesführer des Reichstreubundes, Gauleiter und Oberpräsident Schwede-Coburg, bezeichnet die Neuregelung in einem Schreiben an den Reichskriegsminister als eine Tat, deren geschichtliche Bedeutung in erster Linie darin besteht, daß in Zukunft Offiziere, junge deutsche Männer, die Lust und Liebe zum Berufssoldaten in sich tragen, sich diesem stolzen und männlichen Berufe ohne Sorge um ihre wirtschaftliche und berufliche Existenz für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Militärdienst hingeben können. Ferner stellt der Bundesführer des Reichstreubundes in dem Schreiben fest, daß die Forderung der Uebergangsbezüge an die auf den Wehrmachtfachschulen erlangte Vorbildung das geistige, kulturelle und soziale Niveau des Unteroffizierkorps auf denkbar bester Höhe gehalten werden könne.

80 000 Familiennamen sollen polonisiert werden.

Kattowitz, 5. September. Der polnische Westverband (früher Westmarkenverein) tritt gegenwärtig mit einer gründlich vorbereiteten Aktion an die Oeffentlichkeit, die die Polonisierung zehntausender Familiennamen zum Ziele hat. Um seine nationalistische Polonisierungsarbeit zu rechtfertigen, behauptet der Westverband, daß im Laufe des 19. Jahrhunderts unzählige Familiennamen von den deutschen Standesämtern „germanisiert" oder „eingedeutscht" worden seien. Diesen Namen sei nicht nur die polnische Schreibweise oder der polnische Klang genommen worden, sondern sie seien oft auch in ihrem Sinn geändert worden. Diese „Germanisierungsaktion" sei im 19. Jahrhundert zu dem Zwecke durchgeführt worden, um alle Spuren des Polentums in Schlesien zu vernichten. Damit glaubt der Westverband das Recht für die Forderung gefunden zu haben, diese angeblich abgeänderten Namen wieder zu „entdeutschen." Er hat Aufstellungen angefertigt, die 80 000 Namen enthalten, die angeblich im 19. Jahrhundert „eingedeutscht" und „berunstaltet" wurden.

Gleichzeitig hat der Westverband sogenannte „Beratungsstellen" eingerichtet, in der jeder „Interessierte" Auskunft über die „ursprüngliche" Schreibweise seines Familiennamens erhalten kann, sowie darüber, in welcher Weise die Namensänderung vorzunehmen ist. Durch eine umfassende Propagierung dieses Gedankens will der Westverband erreichen, daß „Zehntausende" ihrem „berunstalteten" Namen wieder die alte polnische Form zurückgeben. Die Frage, ob bei dieser Aktion das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt werden soll, hat der Westverband offen gelassen.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß in den letzten Tagen mehrere ostoberschlesische Industrievertretungen die Namen ihrer Gruben und Schächte polonisiert haben. So sind in den Verwaltungen der Rudaer Steinkohlengewerkschaft (früher Graf Schaffgotsch), der Godulla AG und der Wirek AG (früher Graf Wallestrem) die ursprünglichen deutschen Bezeichnungen von zehn Gruben, darunter sogar von zwei seit mehreren Jahren still liegenden Bergwerken, und von 40 Schächten in rein polnische Namen abgeändert worden. Diese Aktion dürfte noch nicht abgeschlossen sein und in den übrigen Industrieunternehmen Ostoberschlesiens fortgesetzt werden. Es ist bedauerlich, daß selbst solche Grubennamen abgeändert werden, die an die deutschen Begründer der oberschlesischen Grubenindustrie erinnern.

Weitere Spanienemigranten in Hamburg eingetroffen.

Hamburg, 5. September. Mit dem Hamburg-Süd-Dampfer „Cap Norte" trafen am Sonnabend fast hundert Spanien-Deutsche in Hamburg ein, die sich nach Lissabon in Sicherheit gebracht hatten und dort an Bord gegangen waren.

Senator von Allwörden hieß die Flüchtlinge in der Heimat willkommen. Nach ihrer Ausschiffung wurden die Flüchtlinge in die Obhut der NSV. genommen und in Autobussen in ihre vorläufigen Unterkunftsräume gebracht. Die Erholungsbedürftigen unter ihnen werden in den Schwarzwald fahren.

Französische Waffen von Nationalisten abgefangen.

Lissabon, 5. September. Nach Meldungen des Senders Parede haben die spanischen Nationalisten bei der Einnahme von Irun einen französischen Waffentransport abgefangen, der ihnen hochwertiges modernes Kriegsmaterial mit der entsprechenden Munition lieferte.

In Asturien setzen 7 Heeressäulen die Reinigung von Kommunistennestern fort. Von der Guadarrama-Front wird außer kleineren örtlichen Kampfhandlungen nichts neues gemeldet. Kleine Fortschritte sind zu verzeichnen südlich von Avila und in der Gegend von Buertorico. Die Marxisten befinden sich überall auf dem Rückzug nach Madrid. Es besteht jetzt gute Verbindung zwischen den im Nordwesten und den im Südwesten operierenden Heeresgruppen der Nationalisten.

Die Kämpfe um Toledo dauern fort. Im Süden kämpfen die Nationalisten um Jaen und Sularea im Norden von Cordoba. Diese Gegend dürfte bald frei von Kommunisten sein, die sich auch hier auf Madrid zurückziehen.

„Die neue Madrider Regierung nicht gesetzmäßig."

Paris, 5. September. Der Temps beschäftigt sich mit den Ereignissen in Spanien. Durch die Madrider Regierungsumbildung und die Siege der Nationalisten bei Irun und in der Gegend von Toledo ein neues Gesicht erhalten hätten. In Madrid habe eine sozialistisch-kommunistische Regierung das gesetzmäßige Linkskabinett Giral abgelöst. Die Regierung Giral habe den Fehler teuer bezahlen müssen, daß sie unter dem Druck der Arbeiterorganisationen den extremistischen Parteien Waffen in die Hand gegeben habe. Dadurch habe sie sich selbst den Elementen der Unordnung ausgeliefert.

Bereits seit einiger Zeit sei die Regierung Giral nicht mehr Herrin des Landes gewesen, und wenn Giral auch bei neuen extremistischen Regierung als Minister ohne Portefeuille angehöre, so spiele er dort doch mehr die Rolle einer Geisel als eines Ministers.

Die Ziele Largo Caballeros seien zur Genüge bekannt. Er fordere die Diktatur des Proletariats und die Verstaatlichung sämtlicher Arbeitsmittel. Die neue Regierung Caballero, die sich mitten im Bürgerkrieg gebildet habe, besitze keine Mehrheit in den spanischen Cortes. Sie sei nicht gesetzmäßig aus den Wahlen hervorgegangen, da das spanische Volk im vergangenen Februar lediglich einem verhältnismäßig gemäßigten Programm der Volksfront seine Zustimmung erteilt habe. Die neue Madrider Regierung habe daher einen ausgesprochen revolutionären Charakter. Vom Gesichtspunkt der Möglichkeiten internationaler Erschütterungen und einer praktischen Durchführung einer vollkommenen Nichteinmischungspolitik dürfe man diese Tatsache nicht aus dem Auge verlieren.

Irische Arbeiter gegen die bolschewistische Gefahr.

London, 5. September. Der Stadtrat von Dublin nahm eine Entschließung an, die die irische Regierung ersucht, die Handelsbeziehungen mit der kommunistischen Regierung Spaniens, deren Autorität von halb Spanien nicht anerkannt werde, abzubrechen. In der Aussprache erklärte der Arbeitervertreter Rollins, daß die Arbeiterbewegung in Dublin mit dem Kommunismus nichts zu tun haben wollte. Die kommunistischen Unternehmungen in Irland würden aus dem Verkauf sowjetrussischer Waren im Freistaat finanziert.

Auch die Körperschaften anderer Orte setzen ihren Feldzug gegen die kommunistische Gefahr fort. Auf einer Tagung des Stadtrats von Leitrim erklärte der Redner Morrow, daß es im irischen Freistaat 40 000 Kommunisten gebe, die von Sowjetagenten in jeder einzelnen Gemeinde finanzielle Hilfe erhielten. In einer an die Regierung gerichteten Entschließung wird die Auflösung der irischen kommunistischen Gesellschaft und aller verwandten Verbände gefordert. Das der Regierungspartei angehörende Mitglied des irischen Landtags, Flynn, verschärfte den Stadtrat, daß die Regierung Maßnahmen treffen werde, um zu verhindern, daß der Kommunismus in Irland festen Fuß faße.

Wie verlautet, wird die Arbeiterpartei des Freistaates Irland dem Vorschlag der englischen Arbeiterpartei zur Entsendung von Sanitätsabteilungen für die spanischen Marxisten nicht unterstützen.

Polnische Kommentare zum Prozeß in Mährisch-Ostrau.

Warschau, 5. September. Die polnische Presse fährt fort, den Mährisch-Ostrauer Prozeß gegen 6 Angehörige der polnischen Minderheit außerordentlich scharf zu kommentieren.

Die **Gazeta Polska** stellt fest, daß dieser Prozeß kein anderes Ziel haben könne, als zum Vorwand für eine verstärkte polenfeindliche Politik in Tschechisch-Schlesien zu dienen.

Der **Kurjer Codzienny** verweist auf die Widersprüche in der Anklageschrift, durch die die tschechische Justiz sowjetbelastet würde.

Der **Kurjer Czerwony** hebt hervor, daß der Prozeß mit den wiederholten Versicherungen der Prager Regierung, daß eine Verbesserung der polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen wünschenswert sei, zusammenfalle. Das Blatt erklärt, durch derartige wirkungslose Erklärungen werde die öffentliche Meinung Polens, die den Prozeß von Mährisch-Ostrau als Verneinung aller Versöhnungsabsichten ansehe, nicht zufrieden gestellt.

Volksfrontkrise in Frankreich.

Paris, 5. September. Die unterirdischen Machenschaften der Moskauer Agenten in Frankreich, die seit dem spanischen Bürgerkrieg ganz besonders gefährlichen Charakter angenommen haben, drohen mehr und mehr zu einer ernsten Spaltung in den Reihen der französischen Volksfront zu führen. Die immer schärfer werdenden Drohungen der Kommunisten und die offene Stellungnahme gegen die Regierung Blum, um sie zu zwingen, auf die Neutralität im spanischen Bürgerkrieg zu verzichten, veranlassen jetzt auch die Linkspresse, sich einmal eingehender mit der unhaltbaren Lage und vor allem den wahren Absichten der Moskauer Quertreiber zu beschäftigen.

Der neueste Schlager, den die kommunistischen Drahtzieher herausgebracht haben, besteht in der sogenannten „französischen Front". Unter dem scheinheiligen Vorwand, eine brüderliche Versöhnung und Verständigung aller Franzosen ohne Unterschied ihrer politischen oder religiösen Einstellung herbeizuführen, versuchen die Kommunisten, eine antifaschistische Abwehrfront zu bilden, die in allererster Linie gegen Deutschland gerichtet sein soll. Sie predigen ganz offen den Kreuzzug gegen den Nationalsozialismus und hoffen dabei auf die Unterstützung auch der nationalen Kreise Frankreichs. Die sozialistische Partei, der die wahren Absichten der Kommunisten nicht entgangen sind, hat bereits entschieden gegen die Bildung einer „französischen Front" Stellung genommen und dies damit begründet, daß die sozialistische Partei eine Klassenpartei sei und bleiben wolle.

Jean Piot, der Chefredakteur des **Oeuvre**, der sicherlich keiner besonders deutschfreundlichen Einstellung verdächtig ist, setzt sich am Sonnabend in seinem Blatt ausführlich mit diesen kommunistischen Machenschaften auseinander. Die Bildung einer französischen Front, so schreibt er, sei sicherlich ein vorzüglicher Gedanke, leider hätten es die Kommunisten aber verabsäumt, anzugeben, welches Programm diesem Zusammenschluß zu Grunde liegen solle. Die Kundgebungen der letzten Tage ließen jedoch deutlich erkennen, worauf man hinauswolle. Alles wirke sich so ab, als ob man einen Präventivkrieg beabsichtige. „Wir marschieren jedoch nicht!" so ruft Jean Piot den Kommunisten warnend zu. Eine nationale Wiederverlöhnung, die „angesichts der äußeren Gefahren" zu begrüßen wäre, müsse als Grundpfeiler nur die aus der Volksfront hervorgegangene Regierung haben. Die letzten Kundgebungen in der Winterradrennbahn und am Republik-Platz seien aber gegen die Politik dieser Regierung gerichtet gewesen. Wenn die Kommunisten mit dieser Politik nicht zufrieden seien, so müßten sie das offen sagen, was sie aber nicht an, daß sie der Regierung in den Rücken fielen.

Der **Quotidien** ist noch deutlicher. Wenn die Kommunisten, so schreibt das Blatt, die Einigung aller Franzosen forderten, so müssen man an die letzte Kundgebung in St. Cloud erinnern, die einen Akt der Treue Frankreich mit Hitler bedeutungsvoll habe. In der Winterradrennbahn habe die Menge mit erhobener Faust „Einigung gegen Hitler" geschrien. Es handele sich also um einen Zusammenschluß gegen Deutschland für Sowjetrußland. Wenn man die Franzosen zusammenschließen wolle, um sie in einen Krieg gegen Deutschland zu stürzen, so könne die Antwort nur lauten: Wir marschieren nicht! Wir wollen nichts, was uns zum Kriege führen könnte.

Das Organ des französischen Ministerpräsidenten, der **Populaire** wirft der kommunistischen Partei ganz offen vor, daß sie nicht für eine Besserung an der Lage arbeite, sondern im Gegenteil alle Anstrengungen mache, um Spannung und Feindschaft zwischen den beiden Nachbarländern zu unterhalten. „Wir sagen unseren kommunistischen Genossen ganz offen, daß wir uns weigern, ihnen auf diesen Wege zu folgen, mit einer Politik, die zur Kreuzzug gegen den Nationalsozialismus in der Form eines vollständigen Abbruchs der Verhandlungen mit Deutschland die Wiedereinführung einer chauvinistischen Politik blinden Hasses bedeuten, die die schrecklichen Dummheiten des letzten Krieges in der französischen Mentalität ausgelöscht habe. Wir warnen unsere kommunistischen Genossen vor der Verantwortung, die sie gegenüber den Arbeitern auf sich nehmen. Was uns angeht, so marschieren wir nicht."

Weitere Ehrungen für General Rydz-Smigly in Paris.

Paris, 5. September. Außenminister Delbos gab am Sonnabend zu Ehren des polnischen Generalstabschef Rydz-Smigly ein Essen, an dem neben dem Ministerpräsidenten, dem Kriegsmarineminister, dem Unterstaatssekretär im Außenministerium und den Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse von Kammer und Senat mehrere französische Kriegsschiffe, die Generalstabschefs der verschiedenen Waffengattungen sowie die höheren Beamten im Kriegs- und Außenministerium teilnahmen.

Im Anschluß an das Frühstück fand eine politische Aussprache zwischen Rydz-Smigly, dem polnischen Botschafter und dem Geschäftsträger einerseits, sowie den Mitgliedern der französischen Regierung andererseits statt. Obgleich über den Ausgang und den Gegenstand dieser Unterredung bisher noch nichts bekannt geworden ist, nimmt man an, daß es sich um Kreditgewährungen für die Modernisierung des polnischen Heeres und eine Reihe anderer französisch-polnischer Kreditabkommen gehandelt hat.

Sowjetrussisches Bankett zu Ehren Frankreichs in Moskau.

Moskau, 5. September. Am Freitag veranstaltete der Volkskommissar für das Gesundheitswesen, Kaminski, ein Bankett zu Ehren des französischen Ministers für Volksgesundheit, Sellier, an dem der sowjetrussische Minister für Bildungswesen, Bubnow, ferner Litwinow und sein Stellvertreter Krestinski sowie der französische Geschäftsträger Payard und andere teilnahmen.

Wachsender Widerstand in Palästina?

London, 5. September. Eine Meldung aus Jerusalem führt in die zahlreichen britischen Verluste in Palästina während der letzten Woche auf die Rückkehr des Aufstandsführers Fauzi Bey im Unruhegebiet zurück. Fauzi Bey habe einen Aufruf an die Araber erlassen, zu den Waffen zu greifen. Den Aufruf habe er mit dem Titel „Führer der arabischen Revolution in Palästina" unterzeichnet. Fauzi Bey stehe in dem Ruf, besonders militärische Kenntnisse zu besitzen. Auf diese Kenntnisse seien die in den letzten Tagen sich häufenden erfolgreichen Vorstöße zurückzuführen.

Die beabsichtigte Verstärkung der britischen Streitkräfte habe allem Anschein nach, wie die Meldung sagt, die Araber in ihrem Willen zum Widerstand bestärkt. Die Meldung schließt mit dem Hinweis, daß der geringste Zwischenfall eine äußerst ernste Lage schaffen könnte.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.